

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)

vom 25. Februar 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Februar 2020)

zum Thema:

Stille SMS und Standortermittlungen 2017 - 2019

und **Antwort** vom 17. März 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. März 2020)

Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (Die Linke)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/22756
vom 25. Februar 2020
über Stille SMS und Standortermittlungen 2017 - 2019

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele „Stille SMS“ wurden von welcher Berliner Behörde auf welcher Rechtsgrundlage jeweils in den Jahren 2017-2019 versandt?

Zu 1.: Die Polizei Berlin hat die sogenannte „Stille SMS“ bis zur Information über die Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 8. Februar 2018 (3 StR 400/17) durch die Generalstaatsanwältin in Berlin auf Grundlage richterlich angeordneter Telekommunikationsüberwachungen (TKÜ) gemäß §§ 100a, 100b Strafprozessordnung (StPO) eingesetzt.

Unter Bezugnahme auf die Mitteilung der Generalstaatsanwältin in Berlin erging im August 2018 der behördeninterne Hinweis, dass zukünftig für den Einsatz der „Stillen SMS“ gerichtliche Anordnungen gemäß § 100i Abs. 1 Nr. 2 Strafprozessordnung (StPO) einzuholen sind.

Die Polizei Berlin hat „Stille SMS“ im Rahmen von Ermittlungsverfahren der Strafverfolgungsbehörden in den vergangenen drei Jahren im folgenden Umfang versandt:

Jahr	„Stille SMS“
2017	317.984
2018	447.972
2019	336.569

Durch die Abteilung II der Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Verfassungsschutz Berlin werden „Stille SMS“ ausschließlich im Rahmen angeordneter und durch die G10-Kommission des Landes Berlin genehmigter Beschränkungsmaßnahmen nach §§ 1, 3 des Artikel 10-Gesetzes eingesetzt.

Der Berliner Verfassungsschutz hat die folgende Anzahl an „Stillen SMS“ versandt:

Jahr	„Stille SMS“
2017	49
2018	121
2019	345

2. Welche Software zum Versand von „Stillen SMS“ wird dabei genutzt?

Zu 2.: Eine Bekanntgabe der im Rahmen des Versands der „Stillen SMS“ von den Berliner Behörden verwendeten Software würde weitgehende Rückschlüsse auf die technischen Fähigkeiten und unmittelbar auf die technische Ausstattung und das Aufklärungspotential des Berliner Verfassungsschutzes sowie der Polizei Berlin zulassen. Dadurch könnten die Fähigkeiten, Erkenntnisse im Wege der technischen Aufklärung zu gewinnen, in erheblicher Weise negativ beeinflusst werden.

Der gemäß Artikel 45 Abs. 1 der Verfassung von Berlin verbürgte Informationsanspruch der Abgeordneten wird durch gleichfalls Verfassungsrang genießende schutzwürdige Interessen wie das Staatswohl begrenzt. Der Senat ist nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, dass dem schutzwürdigen Interesse des Staatswohls im vorliegenden Fall ausschlaggebendes Gewicht zukommt.

3. Wie viele Standortermittlungen von Telekommunikationsendgeräten wurden jeweils in den Jahren 2017-2019 auf welcher Rechtsgrundlage durchgeführt?

- Unter Anwendung technischer Mittel (IMSI-Catcher)?
- Im Rahmen von TKÜ-Maßnahmen nach § 100a StPO?
- Durch Abfrage von technischen Geo-Informationen beim für die Kommunikationserkennung zuständigen Netzbetreiber?
- Andere Methoden, welche?

Zu 3.:

a) Die Polizei Berlin hat auf Grundlage § 25a Abs. 1 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz Berlin (ASOG Bln) Standortermittlungen von Telekommunikationsgeräten zur Gefahrenabwehr unter Anwendung technischer Mittel (IMSI-Catcher) in den vergangenen Jahren in folgendem Umfang vorgenommen:

2017: 0

2018: 2

2019: 3

b) Bei den Strafverfolgungsbehörden werden Telekommunikationsüberwachungs-Maßnahmen und erhobene Verkehrsdaten in den jeweiligen Ermittlungsakten dokumentiert. Darüber hinaus gehende statistische Erfassungen von Standortermittlungen erfolgen bei den Strafverfolgungsbehörden nicht. Ebenso wenig erfolgt dort eine statistische Erfassung der Rechtsgrundlage, auf welcher die jeweilige richterliche Anordnung basiert.

c) Die Polizei Berlin hat auf Grundlage § 25a Absatz 1 ASOG Bln Standortermittlungen von Telekommunikationsgeräten zur Gefahrenabwehr in den vergangenen drei Jahren wie folgt durchgeführt:

2017: 367
 2018: 460
 2019: 453

d) Im Rahmen der Telekommunikationsüberwachung gemäß § 3 Absatz 1 Artikel 10-Gesetz werden neben den Inhalten der überwachten Kommunikation auch die Umstände der Kommunikation einschließlich der Standortdaten des Sendemastes der Funkzelle, in der sich das Mobiltelefon befindet, in die TKÜ-Anlage übermittelt. Die Anzahl dieser automatisierten Standortübermittlungen wird nicht statistisch erfasst.

4. Wie viele der unter 2. a.-c. jeweils aufgeführten Maßnahmen werden als „erfolgreich“ eingestuft?

Zu 4.: Soweit die angesprochenen Maßnahmen für repressive Zwecke eingesetzt wurden, werden bei den Berliner Strafverfolgungsbehörden keine Statistiken geführt (siehe Antwort zu Frage 3 b.).

Überdies würde sich die Frage stellen, ob allein das Gelingen einer Lokalisierung der das Empfangsgerät nutzenden Person durch eine „Stille SMS“ unmittelbar als Erfolg zu werten wäre oder gegebenenfalls nur mittelbar dadurch, dass dies einen weitergehenden Ermittlungsansatz zur Erforschung eines strafrechtlich relevanten Sachverhalts böte.

Für den Bereich der Gefahrenabwehr hat die Berliner Polizei zu den unter 3 a. genannten Maßnahmen folgende Anzahl von Standortermittlungen als erfolgreich bewertet:

2017: 0
 2018: 1
 2019: 2

Zu den unter 3 c. genannten Maßnahmen hat die Polizei Berlin folgende Anzahl von Standortermittlungen als erfolgreich bewertet:

2017: 163
 2018: 218
 2019: 221

5. Wie viele Betroffene der unter 1. und 2. aufgeführten Maßnahmen wurden über den Einsatz nachträglich benachrichtigt?

Zu 5.: Die Staatsanwaltschaft Berlin und die Generalstaatsanwaltschaft Berlin führen keine Statistik über die Erledigung der nach § 101 Abs. 4 Nr. 8 StPO in Bezug auf die jeweiligen Zielpersonen erforderlichen Benachrichtigungen.

Für die unter Ziff. 3. mitgeteilten ASOG-Maßnahmen bestehen keine gesetzlichen Benachrichtigungspflichten.

Sofern beim Berliner Verfassungsschutz ein Einsatz „Stiller SMS“ im Rahmen durch die G 10-Kommission des Landes Berlin für zulässig und notwendig erklärter Beschränkungsmaßnahmen nach dem Artikel 10-Gesetz stattfindet, sind die betroffenen Personen entsprechend § 12 Artikel 10-Gesetz nach Einstellung der Maßnahme über diese zu benachrichtigen. Dabei wird nicht nach der Art der erhobenen Informationen unterschieden; auch erfolgt keine separate maßnahmenbezogene Erhebung der versendeten „Stillen SMS“.

6. Inwiefern werden der Versand „Stiller SMS“, Funkzellenabfragen und der Einsatz von IMSI-Catchern von Berliner Behörden zukünftig an das Gemeinsame Kompetenz- und Dienstleistungszentrum auf dem Gebiet der polizeilichen Telekommunikationsüberwachung (GKDZ) in Leipzig ausgelagert?

Zu 6.: Die Entscheidungen über die Durchführung von Ermittlungsmaßnahmen wie „Stille SMS“, Funkzellenabfragen und IMSI-Catcher-Einsatz obliegen weiterhin allein den ermittlungsführenden Dienststellen des Landes Berlin.

Das Gemeinsame Kompetenz- und Dienstleistungszentrum wird zukünftig das Land Berlin lediglich durch leistungsfähige Rechentechnik im Rahmen der Auftragsverarbeitung unterstützen, ohne dabei polizeiliche Befugnisse wahrzunehmen. Eine Auslagerung beziehungsweise Übertragung originär hoheitlicher Befugnisse, die gesetzlich den Berliner Behörden zugewiesen sind, findet nicht statt.

Berlin, den 17. März 2020

In Vertretung

Brückner
Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung